

Inhalt

- 1-7 **Im Blickpunkt**
- Corona-Krise verlangt Zusammenhalt und Eigenverantwortung
 - Historischer Einbruch bei Steuern für Städte und Gemeinde
 - Städtetag zum Corona-Beschluss von Bund und Ländern
 - Weitere Themen des Präsidiumsbeschlusses vom 7. Mai 2020
 - Städtetagspräsident im Vorfeld der Steuerschätzung zu Kommunal финанzen
 - Würdigung und Dank an die Oberbürgermeister Maly und Gribl
 - Broschüre: Hinweise zum Umgang mit Bedrohungen und Hass
- 8-11 **Forum**
- Digitale Städte – Instrumente zur Stadtentwicklung
Von Dr. Timo Munzinger
 - Oldenburg blüht und summt – Stadt säht Wildblumenwiesen
 - Chatbot für München startet im Pilotbetrieb
Von Dr. Stefan Döring
- 12 **Fachinformationen**
- 13 **Aus den Städten**
- 14 **Personalien**

Corona-Krise verlangt Zusammenhalt und Eigenverantwortung

Die Corona-Pandemie konfrontiert viele von uns nahezu täglich mit neuen Herausforderungen. Die Dynamik ist groß. Schon mit dem Lockdown hatte sich das Stadtbild von heute auf morgen grundlegend verändert. Viele Plätze, sonst Orte für Begegnung und Austausch, waren plötzlich fast menschenleer und still. Doch uns einte ein gemeinsames Ziel, das Infektionsgeschehen zu bremsen. Bisher mit Erfolg. Die Ausbreitung von Covid-19 ebte ab. So rückten wir als Gesellschaft trotz Kontaktsperren und Abstandsgebot näher zueinander.

Die Städte sind Krisenmanager. Zuerst war der Lockdown zu organisieren, jetzt sind es die Lockerungen. Es ist eine Gratwanderung, zu einem von früher gewohnten Leben und Arbeiten zurückzukehren und den Infektionsschutz sicherzustellen. Die Städte gehen diesen Weg und verwirklichen vor Ort auch Entscheidungen von Bund und Ländern. Das gelingt aber nur dann gut, wenn man sie intensiv und mit ausreichendem Vorlauf einbindet. Wie beim Lockdown, so brauchen wir auch für die Lockerungen ganz klare Kriterien, auch um den Menschen Orientierung zu bieten. Ein zentraler Aspekt ist die Akzeptanz in der Bevölkerung. Denn ohne ein hohes Maß an Eigenverantwortung der Menschen wird es nicht gehen.

Corona hat schon jetzt vielfach tiefe Spuren hinterlassen. Die Städte haben milliarden schwere Einnahmeausfälle und Mehrbelastungen. Es stellt sich die Frage, wie wir unsere Städte auch in Zukunft lebenswert erhalten können und welche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in und nach der Krise in den Städten noch leistbar sind? Die richtigen Antworten darauf zu finden, ist entscheidend für die Lebensqualität in unserem Land. Deshalb dürfen die Städte nicht vergessen werden, wenn nun Bund und Länder in vielen Bereichen ihre Rettungsschirme aufspannen.

Die Gesellschaft wird nach der Corona-Krise eine andere sein. Um sie zu gestalten, sollten wir uns die Achtsamkeit und das Miteinander der vergangenen Tage bewahren. Für den Zusammenhalt der Menschen in unseren Städten, in Deutschland und in Europa.



Helmut Dedy

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Historischer Einbruch bei Steuern für Städte und Gemeinden – kommunaler Rettungsschirm nötiger denn je

Die aktuelle Steuerschätzung legt schonungslos offen, dass die kommunalen Steuereinnahmen drastisch einbrechen. Die Städte fordern deshalb einen kommunalen Rettungsschirm von Bund und Ländern. Die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden werden im Jahr 2020 im Vergleich zur vergangenen Schätzung um rund 16 Milliarden Euro zurückgehen. Gegenüber dem Vorjahr wird der Rückgang voraussichtlich rund 13 Milliarden Euro betragen.

Bereits im Vorfeld der Steuerschätzung hatte der Deutsche Städtetag deutlich gemacht, dass er mit finanziellen Belastungen der Kommunen von – etwa 20 Milliarden Euro in diesem Jahr rechnet: durch wegbrechende Steuereinnahmen und steigende Ausgaben. Die Steuerschätzung bestätigt die hohen Einnahmeverluste, hinzu kommen höhere Ausgaben der Kommunen durch die Corona-Krise. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, erklärte zu den Ergebnissen der Steuerschätzung, an der der Deutsche Städtetag als Spitzenverband der Städte beteiligt ist:

„So hohe Verluste bei den Steuereinnahmen hatten wir noch nie. Das Ausmaß der Steuereinbrüche droht die Investitionsplanungen der Städte Makulatur werden zu lassen. In den vergangenen guten Jahren mit durchschnittlich hohen Einnahmen haben die Städte planvoll investiert, oftmals Schulden abgebaut und einen übermäßigen Anstieg dauerhafter Ausgaben vermieden. Aber das alles reicht nicht im Ansatz, um die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie in den kommunalen Haushalten zu verkraften. Wir fordern deshalb einen kommunalen Rettungsschirm von Bund und Ländern.“

Denn ohne handlungsfähige Städte ist kein Staat zu machen. Tagtäglich zeigen die Städte und die kommunalen Unternehmen in der Corona-Krise, wie entscheidend ihr Tun für das Leben der Menschen ist. Zahllose Beschäftigte schultern zusätzliche Aufgaben, halten die Verwaltung am Laufen sowie die Versorgung oder den öffentlichen Nahverkehr aufrecht.“

Dedy sagte weiter: „Die Steuerschätzung ist eine erste Bestandsaufnahme der finanziellen Folgen, die die Corona-Einschränkungen verursachen. Wir müssen erreichen, trotz Schutzmaßnahmen die Wirtschaft und das öffentliche Leben wieder zum Laufen zu bringen, sonst wird die Konjunktur noch härter einbrechen. Trotz der hohen Einnahmeausfälle müssen wir außerdem weiter in Kitas, Schulen oder den Klimaschutz investieren, sonst verschlimmern wir die Krise nur. Auch wenn wir derzeit noch nicht abschätzen können, welche Städte in welchem Umfang betroffen sind, gilt ohne jeden Zweifel: Wir brauchen Hilfe von Bund und Ländern in zweistelliger Milliardenhöhe, damit die Belastungen der Kommunen in großem Umfang aufgefangen werden. Es geht darum, die Städte handlungsfähig und lebenswert zu erhalten. Die Städte sind das Fundament unseres Landes. Das darf nicht erodieren.“

Die zentralen Ergebnisse aus der Steuerschätzung für die Städte und Gemeinden sind: Für die Gemeinden werden Steuereinnahmen in Höhe von 102,1 Milliarden Euro im Jahr 2020 prognostiziert. Im Jahr 2019 lagen die kommunalen Steuereinnahmen bei rund 114,8 Milliarden Euro. Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer wird 2020 gegenüber dem Vorjahr um 13,7 Milliarden Euro bzw. 24,8 Prozent einbrechen.

Deutscher Städtetag zum Corona-Beschluss von Bund und Ländern: Städte unterstützen regionale Entscheidungen

Die deutschen Städte halten es für richtig, dass Bund und Länder mit ihren Beschlüssen den Menschen Perspektiven aufzeigen, wie eine stufenweise Rücknahme der Beschränkungen aufgrund des Coronavirus möglich ist. Die Städte unterstützen auch, dass regionalen Entscheidungen künftig große Bedeutung zukommen soll. Das Konzept der Deutschen Fußball Liga (DFL) zur Wiederaufnahme des Spielbetriebs in

der Bundesliga reicht nach Auffassung des Deutschen Städtetages nicht aus und muss nachgebessert werden. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, nach einer Telefonkonferenz des Präsidiums des kommunalen Spitzenverbandes deutlich. Daran nahmen rund 25 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aus ganz Deutschland teil. Burkhard

Jung: „Die Menschen in Deutschland haben in den zurückliegenden Wochen viel Einsicht und Disziplin bewiesen. Gemeinsam ist es gelungen, das Infektionsgeschehen zurückzudrängen. Nun ist es möglich, stufenweise Beschränkungen zurückzunehmen. Das wird den Menschen guttun und unsere Städte wieder lebendiger machen. Akzeptanz und Vertrauen der Menschen ist wichtig, deshalb müssen Schritte gut erklärt werden. Und klar ist natürlich: Wir müssen alle weiterhin verantwortungsvoll mit sozialen Kontakten umgehen und Hygiene- und Abstandsregeln einhalten. Die Corona-Pandemie ist noch lange nicht vorüber.“

Dass künftig regionale Entscheidungen eine größere Rolle spielen sollen, kommentierte Jung so: „Wir sind in der Lage, regional und lokal zu entscheiden. Darin liegt eine Stärke unseres Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung. Wenn die Zahl der Neuinfektionen über die vorgesehene Grenze von 50 pro 100.000 Einwohner steigt, werden die Gesundheitsämter in der Lage sein, zu handeln. Wenn dann Lockerungen möglicherweise rückgängig gemacht werden müssen, kann durch die regionale Verantwortung so flexibel entschieden werden, wie es im weiteren Verlauf dieser Pandemie nötig sein wird. Damit wird bei einem lokal begrenzten Ausbruch nur dort oder in der Region gehandelt und nicht gleich landes- oder bundesweit. Dabei ist wichtig, sich regional und auch überregional abzustimmen. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben kann dann außerhalb dieser

Region weiterlaufen.“ Kritik übte der Städtetagspräsident an dem Konzept der Deutschen Fußball Liga (DFL) für eine Wiederaufnahme des Spielbetriebs: „Wir rechnen damit, dass sich Fans vor den Stadien treffen, wenn der Spielbetrieb mit Geisterspielen wieder aufgenommen wird. Deshalb muss die Deutsche Fußball Liga (DFL) ihr Konzept nachbessern. Wir brauchen Antworten, wie die Vereine das Stadionumfeld stärker in den Blick nehmen und Ansammlung von Fangruppen vor den Stadien verhindern wollen. Dafür müssen die Vereine deutlich mehr Ordnungspersonal einsetzen, vor allem bei Partien, die normalerweise viel Publikum anziehen.“

Das Problem wird durch die Öffnung der Gastronomie noch größer. Den Fans muss klar sein, dass Abstands- und Hygieneregeln auch in ihren angestammten Fanlokalen gelten. Hier werden wir viel Disziplin brauchen. Die Kontrolle kann nicht allein der Polizei und den Städten zugeschoben werden.“ Das Konzept der DFL dürfe sich nicht nur auf den Infektionsschutz im Stadion oder auf die Unterbringung und häusliche Hygiene der Spieler konzentrieren. Nötig sei im Vorfeld eine effektive Koordination zwischen den Bundesligavereinen als Veranstalter, der Polizei und den Städten.

Der gesamte Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages vom 7. Mai 2020 zum Bund-Länder-Corona-Beschluss steht im Mitgliederbereich unter www.staedtetag.de.

Weitere Themen aus dem Präsidiumsbeschluss vom 7. Mai 2020 nach den Öffnungsschritten von Bund und Ländern

Nachdem Bund und Länder sich am 6. Mai auf weitere Öffnungsschritte verständigt hatten, tagte am 7. Mai das Präsidium des Deutschen Städtetages und fasste einen Beschluss zu einer Vielzahl Corona-spezifischer Themen. Neben den nachfolgend aufgeführten gehörten dazu die Themen Pflegeheime; Kommunale Unternehmen; Corona-Apps; Planen, Genehmigen und Bauen und ein gemeinsamer europäischer Ansatz im Umgang mit der Krise.

Kindertagesbetreuung

Es ist richtig, die Betreuungssituation der Kinder und die Herausforderungen der Familien noch stärker in den Blick zu nehmen. Die Städte wissen um die aktuell

große Belastung von Familien und gerade auch von Alleinerziehenden. Sie halten es daher für wichtig, die Notbetreuung auch für Alleinerziehende und Kinder mit besonderen Förderbedarfen oder Beeinträchtigungen zeitnah wieder auszuweiten.

Es sollte Ziel sein, jedem Kind so schnell wie möglich wieder frühkindliche Bildungsangebote machen zu können. Das Prinzip des Abstandhaltens ist bei Kindern bis zu sechs Jahren nicht umsetzbar. Der Infektionsschutz erfordert deshalb die Betreuung in kleinen Gruppen und besondere Raumkonzepte. Zudem sind vulnerable Gruppen unter den Beschäftigten, den Kindern und ihren Angehörigen zu schützen. Das verfügbare Personal und die vorhandenen

Räume begrenzen daher die Möglichkeiten. Die Städte und die Träger der Kindertageseinrichtungen werden anhand der verfügbaren Ressourcen und der individuellen Bedarfe über die Möglichkeiten der Kindertagesbetreuung entscheiden müssen. In den Städten ist der Bedarf an Kindertagesbetreuung für die genannten Gruppen unterschiedlich stark ausgeprägt. Es ist daher klug, dass sich Bund und Länder auf einen Stufenplan zur Kinderbetreuung verständigt haben. Die konkreten Prioritäten bei der stufenweisen Wiedereröffnung der Kitas und der Tagespflege können auf dieser Grundlage vor Ort verbindlich festgesetzt werden.

Schulen

Die Wiederöffnung des Schulbetriebes für bestimmte Gruppen in einem ersten Schritt ist alles in allem gut gelungen und sollte konsequent weiterverfolgt werden. Auch weiterhin sind pädagogische Vorgaben, organisatorische Fragen und der Infektionsschutz in Einklang zu bringen. Um die umfangreichen Anforderungen an Raumkonzepte, Hygienevorschriften und Organisation der Schülerverkehre erfüllen zu können, benötigen die Städte bei jedem Schritt zur Öffnung der Schulen eine angemessene Vorlaufzeit. Das von der Kultusministerkonferenz vorgelegte Konzept zur Wiederaufnahme des Unterrichts in Schulen stellt einen tauglichen Rahmen dar. Darüber hinaus sind konkrete Vorgaben der Länder zu Umfang des Unterrichts, Größe der Lerngruppen und Organisation des Schulbetriebs erforderlich. Entsprechende Konzepte müssen mit den kommunalen Schulträgern abgestimmt werden. Das gilt auch für die Erarbeitung von Hygienekonzepten und Schutzmaßnahmen. Außerdem muss auf die besonderen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern eingegangen werden. Digitales Lernen sollte auch ohne entsprechende private Ausstattung und Infrastruktur gewährleistet werden.

Die von der Bundesregierung vorgesehene Zuschussung von Laptops für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Haushalten muss unbürokratisch umgesetzt werden. Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten oder herausforderndem häuslichen Umfeld müssen individuell gefördert werden. Investitionen in die Digitalisierung von Schulen sind Zukunftsinvestitionen.

Einzelhandel

Das Präsidium unterstützt die Entscheidung von Bund und Ländern, alle Geschäfte ungeachtet ihrer Größe

unter Berücksichtigung der spezifischen Abstands- und Hygieneanforderungen im Einzelhandel wieder zu öffnen. Die Umsetzung der notwendigen Schutzmaßnahmen sollten die Unternehmen in eigener Verantwortung sicherstellen.

Gastronomie und Tourismus

Das Präsidium begrüßt auch die Vereinbarung zur schrittweisen Öffnung von Gastronomie- und Tourismusangeboten unter bundesweit vergleichbaren Maßstäben. Dies soll nach den Hygiene- und Abstandskonzepten der Wirtschaftsministerkonferenz erfolgen.

Öffnungen für Bars, Kneipen und Diskotheken werden erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen werden können. Die Regelungen zum Öffnen von Restaurants und von Tourismusangeboten sollten in den Ländern gemeinsam mit den Städten fortlaufend weiterentwickelt werden. Nur auf diesem Weg können regionale Besonderheiten sowie unterschiedliche verkehrliche und städtebauliche Gegebenheiten in den Städten berücksichtigt werden. Das Präsidium fordert den Bund auf, vor dem Hintergrund unterschiedlicher Öffnungsperspektiven im Bereich der Gastronomie die Notwendigkeit spezieller Rettungsprogramme zu prüfen. Insbesondere kleinere Betriebe können in existenzgefährdende Notlagen geraten. Gerade sie bringen eine attraktive und lebendige Vielfalt in die Innenstädte.

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Die Städte haben es bisher mit pragmatischen und zielgerichteten Maßnahmen erreicht, Infektionsketten erfolgreich nachzuvollziehen. Sie sind darauf eingestellt, auch kurzfristig Personal aus anderen Ämtern und Fachbereichen in den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu beordern. Die von Bund und Ländern beschlossene Vorgabe eines festen Personalschlüssels ist kontraproduktiv. Sie schränkt die Flexibilität unnötig ein, die die Städte gerade in dieser Situation benötigen. Die Testkapazitäten sind weiter auszubauen.

Die Städte begrüßen es ausdrücklich, dass Bund und Länder den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken wollen. Dazu sollte bei Bedarf auch eine personelle Unterstützung gehören. Ein wichtiges Instrument ist weiterhin, die Anzahl der Studienplätze der Fachrichtung „Öffentliches Gesundheitswesen“ an medizinischen Fakultäten zu erhöhen. Auch ließe sich die Approbationsordnung für Ärzte anpassen, sodass

Famulatur und Praktisches Jahr flächendeckend auch im öffentlichen Gesundheitsdienst absolviert werden können.

Busse und Bahnen

Die schrittweise Rückkehr zu einem umfassenden Angebot im ÖPNV nötigt den Verkehrsunternehmen große Anstrengungen ab. Den Anforderungen eines Verkehrsangebots, das den Gedanken des Infektions-

schutzes ernst nimmt, steht ein massiver Ausfall von Beförderungsentgelten gegenüber. Die Schätzungen des VDV belaufen sich auf gut 4 Mrd. Euro für das Jahr 2020. Das wird die kommunalen Haushalte zusätzlich belasten. Zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Unternehmen und zur Sicherung ihres Bestandes sind Hilfen von Bund und Ländern erforderlich. Ein denkbarer Weg wäre die Kompensation der entfallenden Fahrgastentgelte über die Aufstockung der Regionalisierungsmittel.

Städtetagspräsident im Vorfeld der Steuerschätzung: Folgen von Corona für die Kommunalfinanzen sind besorgniserregend

Der Deutsche Städtetag rechnet durch die Corona-Krise mit Belastungen der Kommunen von mindestens 20 Milliarden Euro in diesem Jahr. „Die kommunalen Haushalte werden so hohe Einbußen erleiden, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gesehen haben. Mindestens 15 bis 20 Prozent der Gewerbesteuer werden im Bundesdurchschnitt wegbrechen, möglicherweise sogar noch deutlich mehr“, sagte der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, am 4. Mai 2020 im Vorfeld der Steuerschätzung gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Der Deutsche Städtetag fordert vor diesem Hintergrund einen kommunalen Rettungsschirm von Bund und Ländern.

Der Städtetagspräsident betonte weiter: „Die Städte schultern in der Corona-Krise viele Aufgaben. Wir unterstützen Bund und Länder mit ganzer Kraft, um diese Krise zu meistern. Zahllose Beschäftigte leisten vor Ort ihr Bestes dafür. Die Auswirkungen der Pandemie sind in Deutschland überall zu spüren. Der starke Rückgang der Wirtschaftsleistung wird auch die Haushalte aller Kommunen massiv treffen. Hohe Einnahmeverluste, aber auch der Anstieg von Ausgaben werden die Kommunen mit mindestens 20 Milliarden Euro in diesem Jahr belasten. Das ergibt sich aus einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 6,3 Prozent in diesem Jahr: Die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung mit dieser Annahme wird kommende Woche Basis für die Steuerschätzung sein. Den stärksten Einbruch bei der Gewerbesteuer erwarten wir im zweiten Quartal. Hier müssen wir mit Einbußen

bei unserer wichtigsten städtischen Steuer rechnen, die weit über 25 Prozent hinausgehen. Genaueres können wir Anfang Juni sagen. Wir fordern Bund und Länder auf, durch eine gemeinsame Kraftanstrengung die Handlungsfähigkeit der Städte sicherzustellen. Wir brauchen einen kommunalen Rettungsschirm, der mit einem zweistelligen Milliardenbetrag unterlegt ist. Kommunale Einnahmeverluste und Mehrausgaben müssen damit in großem Umfang von Bund und Ländern kompensiert werden.

Denn unsere Städte müssen in, aber auch nach der Krise handlungs- und leistungsfähig sein. Sie müssen die Folgen der Krise bewältigen und ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Dienstleistungen anbieten, Vereine und Verbände unterstützen, die Stadtentwicklung vorantreiben, Kitas und Schulen bauen. Bund und Länder dürfen uns nicht im Stich lassen. Und ich bin zuversichtlich, dass sie diesen Aufruf ernst nehmen. Die Ankündigung von Bundesfinanzminister Scholz, einen Vorschlag vorzulegen, macht Mut. Diese Ankündigung gilt es nun schnell bis zum Sommer zu konkretisieren.

Von den Ländern erwarten wir, dass sie einen erheblichen Teil zu einem Rettungsschirm für die Kommunen beitragen. Sie werden eigene zusätzliche Mittel in die Hand nehmen müssen, damit ihre Städte handlungsfähig bleiben. Die Länder werden die kommunale Finanzausstattung durch ihre Gemeindefinanzierungsgesetze für das nächste Jahr so aufstocken müssen, dass dies gelingt.“

Würdigung und Dank an die Oberbürgermeister Maly und Gribl

Der Deutsche Städtetag würdigt den Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly als überzeugenden Kommunalpolitiker und wirkmächtigen Städtetagspräsidenten. Mit außergewöhnlicher Argumentationskraft und Ausstrahlung hat er die Interessen der Städte im Bund und in Europa vertreten und ihrer Stimme Gewicht verliehen. Das erklären der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung, sowie Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy anlässlich des Ausscheidens von Dr. Ulrich Maly Ende April aus seinem Amt als Oberbürgermeister in Nürnberg. Beide sprechen Maly ihren großen Dank für sein Engagement für den Deutschen Städtetag aus. Außerdem würdigen sie die Arbeit des ebenfalls scheidenden Augsburger Oberbürgermeisters Dr. Kurt Gribl als stellvertretender Städtetagspräsident.



Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung, betont: „Uli Maly war ein wirkmächtiger Präsident des Deutschen Städtetages, der mit viel Überzeugungskraft bundesweite Debatten zu städtischen Themen prägte. Mit Haltung und

Klugheit setzte er Maßstäbe, auch in politisch außergewöhnlichen Zeiten. Während der Flüchtlingskrise waren ihm Humanität und Integration entscheidende Anliegen.

Mit Uli Maly verlässt ein Kommunalpolitiker die Bühne, der mit seinen Fähigkeiten, zuzuhören und komplexe Sachverhalte auf den Punkt zu bringen, die Herzen gewann. Er setzte sich für Städte als Orte des Wandels ein sowie für Offenheit der Stadtgesellschaften als Treibstoff für Innovationen. Maly genießt bundesweit hohe Anerkennung über Parteigrenzen hinweg und kämpfte erfolgreich für mehr Respekt von Bund und Ländern gegenüber den Städten. Er forderte immer eine Beteiligung der kommunalen Ebene auf Augenhöhe ein. Sein Ziel war eine starke kommunale Selbstverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger. Dafür hat er in seinen Ämtern wichtige Beiträge geleistet.“

Sein Einsatz für Vielfalt und Offenheit als Kern städtischen Lebens fußt auf Überzeugungen aus seiner Heimatstadt, sein besonderes Geschichtsbewusstsein

ebenso. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und mit unterschiedlichen Wurzeln lag ihm immer sehr am Herzen. Lebenswerte Städte und eine soziale und zukunftsorientierte Stadtentwicklung waren wesentliche Ziele für ihn – weit über Nürnberg hinaus. Seine Amtszeit als Präsident des Deutschen Städtetages war zudem geprägt durch den verstärkten Zuzug in die Städte und Wohnungsmangel. Maly setzte sich engagiert für mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten ein, für mehr Neubau und eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. Sein Maßstab war Chancengerechtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, betont: „Es war eine Freude, mit Uli Maly im Verband zusammen zu arbeiten. Sattelfest in allen Themen, offen für neue Ideen, hatte er stets die große politische Linie, aber auch die nötigen Details im Blick. Streitbar, mit Haltung und Ziel, aber den Menschen mit Respekt belegend und immer den Kompromiss suchend. Diese Mischung beeindruckt mich immer wieder. Und für den Deutschen Städtetag war sie ein unschätzbare Gewinn. Danke für eine gute Zeit.“

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly war von 2013 bis 2015 Präsident und von 2015 bis 2019 Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Dem Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes gehörte er seit 2005 insgesamt 15 Jahre an, zwischen 2009 und 2013 war er einer der stellvertretenden Präsidenten. Sein Amt als Oberbürgermeister von Nürnberg hatte er 18 Jahre inne – seit 2002. Bei der Kommunalwahl im März war er nicht wieder angetreten. 2011 bis 2017 war er Vorsitzender des Bayerischen Städtetags.



Der Deutsche Städtetag würdigt ebenfalls den Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, Dr. Kurt Gribl, als prägenden Kommunalpolitiker, der sich fünf Jahre lang als stellvertretender Städtetagspräsident engagierte. Im Deutschen Städtetag hat er sich aus Überzeugung und mit besonderem

persönlichen Einsatz für die Interessen der Städte stark gemacht. Städtetagspräsident Burkhard Jung betont anlässlich des Ausscheidens von Gribl Ende

April aus dem Amt als Oberbürgermeister und aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages: „Dr. Kurt Gribl trug im Städtetag durch seine unaufgeregte und integrative Art maßgeblich dazu bei, gemeinsame Positionen der Städte über Parteigrenzen hinweg zu finden. Auch nach außen brachte er mit Geschick und persönlichem Charme kommunalen Sachverstand und praktische Expertise in viele Gesprächsrunden ein.“

Bei der Vertretung städtischer Interessen auf Bundesebene wirkte er 2017/2018 beispielsweise bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag mit. Dr. Kurt Gribl

hat sich um die Solidargemeinschaft der Städte verdient gemacht. Sein Ziel war immer, der kommunalen Ebene Gestaltungsspielraum zu sichern.“

Seit 2015 engagierte sich Dr. Kurt Gribl als Stellvertreter der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Im Jahr 2014 wurde er in das Präsidium gewählt und gehörte seit 2008 dem Hauptausschuss an. Er war seit 2008 Oberbürgermeister der Stadt Augsburg und trat nicht erneut zur Wahl an. Seit 2017 steht Gribl an der Spitze des Bayerischen Städtetags als Vorsitzender und war zuvor erster stellvertretender Vorsitzender.

Broschüre gibt Hinweise zum Umgang mit Bedrohungen und Hass

Was können kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger unternehmen, wenn man sie in sozialen Netzwerken mit Hassbotschaften überzieht? Wer hilft ihnen bei Bedrohungen? Was schützt vor körperlichen Angriffen? Welche Sicherheitsvorkehrungen sind zu Hause sinnvoll, welche unterwegs? Wo gibt es Unterstützung, wer berät? Zu diesen und weiteren Fragen hat das Nationale Zentrum für Kriminalprävention mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände eine Broschüre zum Umgang mit Bedrohungen und Hass erarbeitet, die jetzt veröffentlicht worden ist.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung (Leipzig), erklärt: „Immer mehr Menschen, die sich kommunalpolitisch engagieren oder in den Stadtverwaltungen arbeiten, werden bedroht, mit Hass überzogen oder sogar tätlich angegriffen. Das ist nicht hinnehmbar. Politischer Streit, auch hart in der Sache, ist in einer Demokratie notwendig. Aber wir müssen respektvoll miteinander umgehen. Wer Menschen angreift, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, greift immer auch unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft an. Die Publikation zeigt Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, aber auch öffentlich Bediensteten konkrete Hilfemöglichkeiten und Handlungsoptionen. Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie und verdienen Schutz und Unterstützung.“

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein), betont: „Landrätinnen und Landräte, ehrenamtliche Mitglieder der Kreistage, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozial- und Jugendämtern, den Ausländerbehörden, den Veterinärämtern und anderen Stellen in der Verwaltung werden immer öfter Opfer von Beleidigungen, Drohungen und auch tätlicher Gewalt. Derartige Attacken sind unerträglich und müssen mit rechtsstaatlichem Instrumentarium konsequent geahndet werden. Auch müssen wir im täglichen Miteinander immer wieder deutlich machen, dass wir so etwas in unserer Gesellschaft keinesfalls dulden. Wir alle müssen uns in solchen Fällen schützend vor die Amtsträger und ihre Familien stellen.“

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg) sagt: „Die zunehmenden Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe auf kommunale Amts- und Mandatsträger führen zu immer mehr Rücktritten oder Rückzugsentscheidungen. Die aktuelle Situation schreckt schon Bewerberinnen und Bewerber ab, die sich eigentlich für ihre Kommunen engagieren wollen. Deshalb ist es gut, dass der Gesetzgeber auf Bundesebene reagiert und auch Länder und Landespolizeibehörden aktiv werden. Notwendig zur Unterstützung der Betroffenen ist es aber auch, dass diese sich der Solidarität der Mehrheit der Gesellschaft sicher sein können.“

Dr. Andreas Armbrorst, Leiter des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention, unterstreicht: „Frustration und Wut werden in unserer Gesellschaft zunehmend deutlicher in Form von Beschimpfungen und Hetze offen zum Ausdruck gebracht und münden nicht selten in Bedrohungen, Aggression und Gewalt. Bisher gibt es noch wenig gesicherte Erkenntnisse darüber, wie man Hasskriminalität wirksam verhindert. Trotz dieser Wissenslücken möchten wir Betroffene bestmöglich unterstützen und ihnen eine Zusammenstellung

empfohlener Schutz- und Verhaltensmaßnahmen an die Hand geben.“

Die Broschüre „Umgang mit Hass und Bedrohungen: Hinweise für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“ steht im Internet zum kostenlosen Download bereit unter http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/broschue_hass_und_hetz_gegen_kommunalpolitiker_2020.pdf.

Digitale Städte – Instrumente zur Stadtentwicklung

Von Dr. Timo Munzinger

Unser Leben wird zunehmend digital. Nicht nur unsere Gesellschaft, Wirtschaft oder unsere Kommunikation werden digital – sondern auch die städtischen Prozesse. Die Stadtentwicklung reagiert auf diese Veränderungen sowohl bei der Erarbeitung langfristiger Strategien und Zielsetzungen als auch bei der Entwicklung von Prozessen und der Einbindung der Bürgerschaft.

Herausforderungen wie Klimawandel, demografischer Wandel, Integration und natürlich die Digitalisierung erfordern eine zunehmend vernetzte und mehrdimensionale Betrachtungsweise. Oft beeinflussen sich weltweite Megatrends und regionale Besonderheiten gegenseitig. Damit ändert sich die Nutzung des öffentlichen Raumes, aber auch das Verhältnis zwischen Bürgern, Verwaltung und Staat. Die Städte sind daher gefordert, die Möglichkeiten der Digitalisierung bei ihrer Stadtentwicklung zu nutzen. Es stellt sich somit die Frage, kann künstliche Intelligenz helfen, komplexe Sachverhalte zukunftssicher abzuwägen.

Integrierte Stadtentwicklung und innovative Stadtplanung berücksichtigt die unterschiedlichsten Belange und wägen am Ende im Interesse des Gemeinwohls ab. Die hierfür nötigen Prozesse sind hochkomplex und in jeder Fallkonstellation unterschiedlich. Es ist daher strittig, ob diese Prozesse übertragbar oder sogar quantifizierbar sind. Gleiches gilt für den öffentlichen Raum.

Eine gemeinsam mit der Bürgerschaft erarbeitete Platzgestaltung lässt sich nicht automatisch in eine andere Stadt übertragen. An welchen Kriterien bemisst sich also der „optimale Städtebau“? Je nach Einsatz von künstlicher Intelligenz ist die Quantifizierbarkeit aber ein entscheidendes Kriterium.

Künstliche Intelligenz

Um der Sinnhaftigkeit von Künstlicher Intelligenz in der Stadtentwicklung nachzugehen, hat der Deutsche Städtetag gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Städtebau und Raumforschung (BBSR) sowie der Freien und Hansestadt Hamburg eine Veranstaltung am 11. März 2020 mit dem Titel „Digitale Städte – Instrumente zur Stadtentwicklung“ geplant. Leider musste diese Veranstaltung aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie kurzfristig abgesagt werden. Aufgrund der hohen Nachfrage (130 Anmeldungen) soll die Veranstaltung, sobald die weiteren Entwicklungen besser abschätzbar sind, nachgeholt werden.

Die Veranstaltung wird auf die Einsatzmöglichkeiten digitaler Instrumente bei der Stadtentwicklung eingehen und aufzeigen, welche Instrumente in der Praxis angewendet werden und was der Stand der Forschung hierzu ist. Zudem sollen der Aufbau und die Nutzung von Urban-Data-Plattformen sowie neuartige Instrumente zur Partizipation der Bürger vorgestellt werden.

Digitale Instrumente

Beispielsweise werden in der Freien und Hansestadt Hamburg bereits mehrere digitale Instrumente eingesetzt, die zukünftig auch mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz unterstützt werden sollen.

Komplexe urbane Veränderungen – wie die Errichtung neuer Gebäude oder der Bau neuer Verkehrssysteme – werden in einem 3D-Modell visualisiert und simuliert. Variablen wie Gehfähigkeit, Zugang zu Arbeitsplätzen, Wohnhäusern und öffentlichem Raum können so leichter getestet und dimensioniert werden und in die Entscheidungsprozesse einfließen.

Im Jahr 2016 wurden unter Beteiligung von Bürgern mithilfe des Datenmodells geeignete Flächen zur Unterbringung von Flüchtlingen ermittelt. Standortvorschläge konnten dabei interaktiv modelliert werden.

Datenverfügbarkeit

Damit Planungsinstrumentarien sinnvoll eingesetzt werden können, ist für die Qualität der Ergebnisse eine umfassende Datenverfügbarkeit maßgebend. Die Daten können aus unterschiedlichen Quellen stammen. Dazu gehören zum Beispiel Sensormessdaten aus Stromzählern und Umweltmessstationen, Geo- und Topologiedaten aus Geoinformationssystemen (GIS), anonymisierte Daten der Verkehrsbetriebe (die aus der Nutzung der Fahrplan-App entstammen) oder Mobilitätsdaten und Nutzungsprofile von Smart-



Stadt Ulm: Bronze Stadtmodell des Künstlers Egbert Broerken.
Foto: Pixabay

phones, die auf freiwilliger Basis durch „Crowd Sourcing“ von den Bürgern bereitgestellt werden.

In allen Fällen gilt, die Daten müssen strukturiert abgelegt und entsprechend miteinander verknüpft werden. Hierzu bedarf es einer Urban Data Plattform. Diese Plattform bildet die Basis für den Einsatz künstlicher Intelligenz in der Stadtentwicklung. Auch hierzu sollen in der geplanten Veranstaltung unterschiedliche Beispiele vorgestellt werden. Wir würden uns über ein anhaltend hohes Interesse an der Veranstaltung freuen.

Dr. Timo Munzinger
Referent Deutscher Städtetag

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik Publikationen registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

Oldenburg blüht und summt – Stadt säht Wildblumenwiesen

Insekten sollen im Oldenburger Stadtgebiet in diesem Sommer einen reich gedeckten Blütentisch vorfinden. In diesen Tagen beginnt deshalb die Stadtverwaltung mit der Aussaat von insektenfreundlichen Wildblumenwiesen. An welchen Standorten es in der Stadt Wildblumenwiesen geben soll, das konnten die Oldenburgerinnen und Oldenburger aus mehreren vorgeschlagenen Grundstücken auswählen.

Vor zwei Jahren hatte die Stadtverwaltung erstmalig um Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger gebeten, wo sie sich Wildblumenwiesen in der Stadt wünschen. Die Resonanz war riesig, und es gab über 400 Anregungen. Diese Vorschläge wurden anschließend zunächst auf ihre Eignung hin geprüft. Beispielsweise wurde geklärt, ob sich die Flächen in städtischem Eigentum befinden, wie sich die Boden- und Lichtverhältnisse darstellen und ob weitere Faktoren berücksichtigt werden müssen, zum Beispiel die Verkehrssicherheit.



Diese karge Fläche an der Zaunkönigstraße soll sich in eine bunte Wildblumenwiese verwandeln.

Foto: Stadt Oldenburg

Nach der umfangreichen Auswertung wurden – über das gesamte Stadtgebiet verteilt – zwölf potenzielle Standorte für die Anlage von Wildblumenwiesen ausgewählt und 2019 sechs Blumenwiesen daraufhin angelegt. Nun sollen in diesem Jahr sechs weitere Wiesenstandorte folgen: „Hauptaugenmerk wurde dabei



Das blühende Leben: So sah die im vergangenen Jahr bepflanzte Fläche am Röwekamp dreizehn Wochen nach der Aussaat aus.

Foto: Stadt Oldenburg

auf die gefährdeten Wildbienen gelegt. Da viele Arten unterschiedliche Ansprüche an ihre jeweiligen Nahrungspflanzen und Lebensräume stellen, wurde jedes Areal individuell betrachtet“, betont Klaus Büscher, Leiter des Amtes für Umweltschutz und Bauordnung.

Wichtig zu wissen: „Die fertig gestaltete Fläche kann ganz anders aussehen, als eine typische Blumenwiese mit vielen bunten Blüten, wie auf den bereits hergestellten Standorten schon zu beobachten war“, erläutert Christoph Winterhalter, Leiter des Fachdienstes Stadtgrün – Planung und Neubau. Es werde in diesem Jahr nicht auf den gesamten Flächen eine Neueinsaat vorgenommen, weil die Standorte selbst teilweise schon Potenzial haben. Auf diesen sogenannten „Entwicklungsflächen“ werde die Pflege so umgestellt, dass sich spezielle, bereits vorhandene Wildpflanzen gut entwickeln können.

Die sechs neuen Wildblumenwiesen-Standorte erhalten neben den Pflanzen auch Sandflächen und – wo erforderlich – Holzstämme. Diese dienen Wildbienen als zusätzliche Nistmöglichkeit. Außerdem werden Hinweistafeln zu den insektenfreundlichen Wiesen aufgestellt. Die Wiesenflächen werden von einer Fachfirma hergerichtet, die Erfahrung mit der Anlage von Wiesen hat. Und wenn das Wetter mitspielt, werden in einigen Wochen die ersten Blüten zu sehen sein.

Zuständig für die Wildblumenwiesen-Aktion ist der Fachdienst Stadtgrün – Planung und Neubau der Stadt Oldenburg. Die Mitarbeiter des Fachdienstes haben die Auswertung der Vorschläge vorgenommen und die Konzepte für die Wildblumenwiesen ausgearbeitet. Die Entwicklung der Blumenwiesen wird über das ganze Jahr vom Fachdienst begleitet und auf der Internetseite dokumentiert.

Weitere Informationen finden alle Interessierten zudem im Internet unter www.oldenburg.de/wildblumenwiesen. Hier gibt es neben den bereits bekannten Steckbriefen zu jeder einzelnen Wiese auch einen Lageplan der sechs Standorte im Stadtgebiet sowie interessante Informationen zum Thema Artenschutz. Auch die diesjährige Entwicklung auf den 2019 angelegten Flächen wird als Fotostrecke zu finden sein.

Chatbot für München startet im Pilotbetrieb

Von Dr. Stefan Döring

Die Stadt München möchte durch Digitalisierung ihren Bürgerinnen und Bürgern helfen, sich im Informations- und Zuständigkeitsdschungel städtischer Dienste und Angebote besser zurechtzufinden. Bereits mit dem Online-Service-Portal unter www.muenchen.de/online-services wurden die Onlinedienste der Stadt an einer Stelle zusammengefasst, eine Suchfunktion etabliert und die Dienste einzelnen Lebenslagen zugeordnet. Ähnlich wie bereits in anderen Metropolen erweitert München dieses Angebot nun mit einem Chatbot.

Der Chatbot beantwortet Fragen und Anliegen der Nutzerinnen und Nutzer in Dialogform, führt sie Schritt für Schritt zu den gesuchten Informationen und zu den Online-Services der Landeshauptstadt München. Daneben kann der Chatbot, repräsentiert durch das freundliche Gesicht des „Münchner Kindls“, Fragen zum Wetter beantworten oder auch mal einen Witz erzählen.



Pilotphase des Chatbots München

Während der Pilotphase ab April 2020 unterstützt der Chatbot die Bürgerinnen und Bürger zunächst bei der Nutzung von wichtigen Diensten im Kreisverwaltungsreferat. Zum Beispiel werden so im Dialog Informationen zur Beantragung eines Reisepasses, Führungszeugnisses oder Geburtsurkunde gegeben. Zudem beantwortet der Chatbot aktuelle Fragen rund um die Corona-Krise und zu weiteren wichtigen Münchner Themen wie Wohnen, Mobilität und Politik. Parallel zur

Pilotphase arbeiten die Initiatoren bereits an der Weiterentwicklung des Chatbots. Dabei werden zunächst weitere Informationen und Dienste, die bereits im städtischen Dienstleistungsfinder verfügbar sind, inhaltlich aufbereitet und an den Chatbot angebunden.

Das „Kindl“ lernt noch

Wie bei echten Kindern besteht auch die erste Lebensphase des „Münchner Kindls“ primär aus Lernen und Erfahrungen sammeln. Ihre Fragen und seine Antworten sind wie ein Training. Seine Antworten werden durch die Nutzung immer besser. Wie ein Kind aus Herausforderungen und Fehlern lernt, so lernt der Chatbot München in der Pilotphase zum Beispiel, welche Informationen, Antworten oder Online-Dienste besonders gefragt sind. Wie auch beim Menschen, lernt ein Chatbot nie aus. Dahinter steckt Künstliche Intelligenz und Maschinelles Lernen. Was das ist, wird in der Serie #ExplainIT auf dem Digitalportal der Stadt unter <https://muenchen.digital> erklärt.

Für die Weiterentwicklung des Chatbots München ist es besonders wichtig, möglichst viele und verschiedene Anfragen zu bearbeiten. Münchnerinnen und Münchner können hier einen wertvollen Beitrag leisten und das Projekt unterstützen. Dafür sind sie aufgefordert, den Chatbot zu testen und sich auch nicht entmutigen oder frustrieren zu lassen, wenn einige ihrer Fragen nicht sofort korrekt beantwortet werden. Oft, so die Initiatoren, könne es in diesen Fällen schon helfen, die Formulierung der Frage zu ändern. Der Chatbot ist zu finden als Kindl im blauen Kreis rechts unten auf der Seite <https://muenchen.digital/online-services/>.

Dr. Stefan Döring
IT-Referat der Landeshauptstadt München

Städtetag: Austauschplattform zu Corona-Auswirkungen auf die Städte

Der Städtetag hat ein Online-Forum zum Austausch zu aktuellen Problemstellungen im Kontext des Coronavirus und den Auswirkungen auf die Städte eingerichtet. Um das Forum zu nutzen, ist zunächst die Erstellung eines Benutzerkontos notwendig. Dieses Benutzerkonto können Sie erstellen, indem Sie auf der Startseite (<https://forum-staedtetag.de/forum/>) die Schaltfläche „registrieren“ auswählen und die notwendigen Eingaben vornehmen. Das Vorgehen erläutert ein bebildertes Handout.

Nach Absenden des Anmeldeformulars steht Ihnen der Zugang zum Forum nicht unmittelbar zur Verfügung. Sie müssen sich zunächst auf das Forum Coronavirus – Auswirkungen auf die Städte „bewerben“. Ihre Anmeldung wird zeitnah von der Geschäftsstelle geprüft. Die Freischaltung erfolgt grundsätzlich innerhalb eines Werktages. Bei Fragen zur Anmeldung schreiben Sie bitte eine E-Mail an bettina.rembold@staedtetag.de. Unterhalb dieses Forums bestehen verschiedene „Threads“ zu speziellen Themen.

Ein Handout zur Erstellung eines Benutzerkontos ist abrufbar unter http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/extranet/4_arbeit/gesundheit/2020/handout-forumszugang.pdf.

FAQ-Seite zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in den Kommunen

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat auf seiner Internetpräsenz eine FAQ-Seite zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) eingerichtet. Die Seite richtet sich speziell an Kommunen und möchte Interessenten eine Hilfestellung zur Orientierung bei der Umsetzung geben. Neben den wichtigsten Informationen zum OZG finden sich auch Hinweise für Verteilerportale, Ansprechpartner und Austauschplattformen.

Die FAQ-Seite kann aufgerufen werden unter <https://www.onlinezugangsgesetz.de/Webs/OZG/DE/service/werkzeugkasten/kommunen-faq/kommunen-faq.html>.

Neues Förderprogramm für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland

Mit dem neuen Förderprogramm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland (Invest Deutschland)“ sollen von diesem Jahr an deutschlandweit dringend notwendige Modernisierungen und Sanierungen bedeutender Kultureinrichtungen unterstützt werden.

Dafür stehen für mehr als 40 Projekte Bundesmittel in Höhe von 15 Millionen Euro zur Verfügung. Vorbild für das neue Programm ist das Förderprogramm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland (Invest Ost)“. 2018 hatte die Bundesregierung im Koalitionsvertrag beschlossen, dieses erfolgreiche Programm auf ganz Deutschland auszuweiten.

Bundesmittel sind beispielsweise vorgesehen für die Bayerische Staatsoper München und das Übersee-Museum Bremen, die Burg Hülshof in Havixbeck oder das Forschungsmuseum Schöningen.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/foerderprogramm-ostdeutschland-wird-auf-ganz-deutschland-ausgeweitet-gruetters-gerade-jetzt-in-modernisierung-investieren--1748002>.

Seite nebenan.de/corona und Hotline bieten Nachbarschaftshilfe

Mit der neuen Seite nebenan.de/corona bündelt das Nachbarschaftsportal von nebenan.de Angebote und Nachfragen von lokaler Nachbarschaftshilfe. Die Hilfesuche können per Telefon und Formular aufgegeben werden.

Dazu schaltet die nebenan.de Stiftung die Hotline 0800 866 55 44. Auch die Hotline 07172-9340048 des Aktionsbündnis gemeinschaft.online spielt Hilfesuche ein. Alle Gesuche werden nach PLZ sortiert ins geschützte Nachbarschaftsnetzwerk unter nebenan.de/corona eingespielt. Adressverifizierte Nachbarn bei nebenan.de können auf Gesuche reagieren und direkt Kontakt aufnehmen unter <https://nebenan.de/corona>.

Novelle der Straßenverkehrsordnung in Kraft getreten

Die Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) ist am 27. April 2020 im Bundesgesetzblatt (Nr. 19) veröffentlicht worden damit am 28. April 2020 in Kraft getreten. Mit der Novelle soll eine sichere, klimafreundliche und moderne Mobilität gefördert und mehr Sicherheit für den Rad- und auch den Fußverkehr erreicht werden. Geändert wurden die Straßenverkehrsordnung (StVO), die Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt), die Bußgeldkatalog-Verordnung (BKatV) und die Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV). Regelungen zu Großraum- und Schwertransporten treten in einem zweiten Schritt zum 1. Januar 2021 in Kraft.

Die wesentlichen Änderungen, teilweise aus Sicht des Deutschen Städtetages kommentiert, stehen im Mitgliederbereich unter <http://imperia9:8095/dst/extra/stadtentwicklung/092372/index.html>.

Bochumer Helfer*innen-Card erleichtert Einkauf für andere

Mit einer Helfer*innen-Card unterstützt die Bochumer Ehrenamtsagentur e.V. in Kooperation mit der Stadt Bochum alle jene Menschen, die in Corona-Zeiten für Hilfebedürftige mit einkaufen gehen und damit helfen möchten. Denn immer wieder stoßen die Helfenden zum Beispiel in Supermärkten auf Hürden, wenn manche Artikel nur in kleinen Mengen abgegeben werden. Die Helfer*innen-Card trägt die Unterschrift von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und ist nur in Verbindung mit dem Lichtbildausweis gültig. Sie belegt, dass die Helferinnen und Helfer bei der Bochumer Ehrenamtsagentur offiziell gemeldet sind und im Zuge der Corona-Krise ehrenamtlich für andere Menschen einkaufen.

Die Karten sind mit einer Hotline-Nummer versehen. Zudem ist die Anzahl der Personen auf der Karte festgehalten, für die der/die Helfer/in miteinkauft. Weitere Informationen gibt es bei der Bochumer Ehrenamtsagentur per Mail an info@ehrenamt-bochum.de.

Bike & Ride Offensive an Bahnhöfen

Ziel der Bike & Ride-Initiative an Bahnhöfen ist es, in den kommenden zwei Jahren 100.000 neue Fahrradabstellplätze zu schaffen. Dafür möchte die DB den Kommunen ermöglichen, schnell und einfach neue, zusätzliche Radabstellanlagen an den Bahnhöfen zu errichten. Flankiert wird dies durch ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-sicherheit (BMU), das den Kommunen eine Unterstützung von 60 Prozent gewährt. Bislang hat die DB etwa 300 kommunale Anfragen bearbeitet, und es stehen bereits einige Anlagen zur besseren Anschauung zum Beispiel in Hof, Aschaffenburg, Sinsheim oder Fulda.

Im Internetauftritt der Initiative finden Sie die entsprechenden Kontaktmöglichkeiten zu den Verantwortlichen der DB und weitere Infos unter <https://www1.deutschebahn.com/bikeandride>.

Aus den Städten

Düsseldorf feiert 150 Jahre Trinkwasserversorgung

Die Düsseldorfer Trinkwasserversorgung wird 150 Jahre alt. Im Jahr 1870 wurde mit dem Aufbau eines umfassenden Leitungsnetzes der Grundstein für eine moderne städtische Wasserversorgung gelegt. Vier Jahre zuvor, 1866, hatte Düsseldorf eine Cholera-Epidemie erlebt und viele Menschen waren auch gestorben, weil das Trinkwasser verschmutzt war. Heute versorgen die Stadtwerke Düsseldorf rund 700.000 Menschen in Düsseldorf, Mettmann und Teilen von Erkrath mit dem Lebensmittel Nummer eins. Das Düsseldorfer Wasser – täglich rund 150 Millionen Liter – stammt aus natürlichen Ressourcen, wird in drei Wasserwerken aufbereitet, in einem eigenen Labor täglich kontrolliert und nimmt den Weg zu den Haushalten über ein 1.800 Kilometer langes Wassernetz. Das entspricht der Entfernung von Düsseldorf nach Madrid.

Weitere Informationen unter anderem zur virtuellen Feier unter <https://www.swd-ag.de/energie-wasser/wasser/>.

Deutscher Städtetag



Verband kommunaler Unternehmen (VKU): Ingbert Liebing ist zum neuen Hauptgeschäftsführer des VKU berufen worden. Er hat sein Amt am 1. April angetreten und folgt auf Katherina Reiche, die das Amt von 2015 bis 2019 innehatte. Liebing war bisher

Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein beim Bund und engagierte sich zuvor vier Jahre als kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Geburtstage



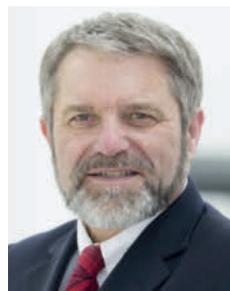
Henryk Pilz (parteilos), Bürgermeister der Stadt Erkner, wird am 28. Juni 55 Jahre alt. Pilz leitet seit 2018 die Geschicke der Stadt Erkner.

Fotos Seite 5: Ludwig Olah; Barbara Gandenheimer.
Fotos Seite 14: VKU/Chaperon; privat; Stadt Stuttgart; Hansestadt Lüneburg;
Regina Spitz, Bundesstadt Bonn.



Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, **Fritz Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen), feiert am 29. Juni seinen 65. Geburtstag. Fritz Kuhn ist

erster Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages und engagiert sich seit 2012 im Präsidium und seit 2013 im



Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg, wird am 11. Juni 70 Jahre alt. Der Sozialdemokrat wirkt seit 1999 im

Hauptausschuss des Deutschen Städtetages mit. Seit 1991 ehrenamtlich und seit 1996 hauptamtlich hat er das Amt als Oberbürgermeister inne. Ulrich Mädge ist



zudem Präsident des Niedersächsischen Städtetages. Der Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn, **Ashok Sridharan**, feiert am 15. Juni seinen 55. Geburtstag. Der Christdemokrat engagiert sich seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Seit 2015 leitet er die Geschicke der Stadt Bonn.

Neu gestalteter Newsletter des Deutschen Städtetages

Der Deutsche Städtetag informiert mit einem neu gestalteten Newsletter über die aktuellen Auswirkungen im Umgang mit der Corona-Pandemie in den Städten aber auch über viele weitere Themen. Beschlüsse von Bund und Ländern und neue Gesetzentwürfe werden politisch bewertet und auf ihre Praktikabilität hin abgeklopft. Außerdem wird über Aktivitäten der Städte und des Deutschen Städtetages berichtet. Den Newsletter können Sie per Mail bestellen unter presse-info@staedtetag.de.



»»» Weiterdenker investieren heute. In die Kommune von morgen.

Die KfW fördert kommunale Unternehmen und Kommunen, die weiterdenken. Als größte deutsche Förderbank unterstützt die KfW sie dabei mit vielfältigen Finanzierungsangeboten. Nutzen Sie heute diese Möglichkeiten, um in Ihre regionale Infrastruktur zu investieren und Ihre Kommune auch in Zukunft attraktiv zu halten. Weitere Informationen unter [kfw.de/infrastruktur](https://www.kfw.de/infrastruktur)

Bank aus Verantwortung

KFW

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Mai 2020

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de